

Mr. 91 200. Jahrgang

Deutschland, 10. Oktober 1911.

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkücher, Arbeiter u. Arbeitnehmer in den Zukerwaren-, Süßigkeiten-, Keksfabriken

**Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-  
entgeltlich. Abonnement pro Quartal MR. 3**

**Eröffnet jeden Donnerstag  
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr**

**Inferionspreis pro dreigipaltete Reit-  
zelle M&P 1 für die Zahlungen an den**

Hinein in die Versammlungen, die sich mit dem Nachbarschaftsverbot beschäftigen! Jetzt gilt es, Eure Stimme nochmals für Eure Interessen zu erheben!

## Mittelbundstreffung in Theorie und Praxis

Wenn es möglich wäre, dem schwerbedrängten Mittelstande in Deutschland durch Sympathiebezeugungen, Versprechungen und mit guten Ratschlägen zu helfen, so läge die Sache sehr einfach. Da dies aber nicht der Fall ist, da es vielmehr auf durchgreifende Maßnahmen ankommt, so hat die Sache ihren Kanten, und darum ist die Mittelstandsrettung ein solch verzwicktes Problem, dessen Lösung viel schwieriger ist, als die meisten Leute auch nur ahnen. Wenn irgendwo die sprichwördliche Redensart, daß das Maulkippen nicht genügt, sondern daß gepfiffen werden muß, eine tiefe Wahrheit in sich schließe, so ist es hier der

Fall, wo es sich darum handelt, eine wirtschaftliche Er-  
scheinung wie Kleingewerbe und Kleinhandel, die seit  
Jahrzehnten einen verzweifelten Kampf führen gegen die  
Umsiedlung durch die Großbetriebe, wieder so lebensfähig  
zu machen, wie sie einstmal, in den sogenannten guten,  
alten Zeiten, gewesen sind. Dies ergibt sich deutlich aus  
dem Missverhältnis zwischen den Bemühungen der Mittel-  
standesleute und den Erfolgen, die sie aufzuweisen haben.

Zweifellos hat der selbständige Mittelstand, der schon vor dem Kriege sehr schwer um seine Existenz zu ringen hatte, unter den Einwirkungen des Krieges große wirtschaftliche Schädigungen erlitten. Der Krieg hat zahlreiche kleine Handwerker und Gewerbeleute gezwungen, ihre Betriebe aufzugeben, während die mittleren und großen Betriebe es verstanden, sich auf die neue Kriegswirtschaft einzurichten und Rücksichtnahme einzuhalten. Die Kleinen sind durch den Krieg höchst unter die Rüder gefommen, während die Großen viele Waffen bekommen haben. Obendrein wird sich in der fünfjährigen Übergangs- und Friedenszeit die Entwicklung zum Großbetriebe, die durch den Krieg ungemein gefördert worden ist, noch weitere Fortschritte machen, was natürlich die Aussichten der Kleinbetriebe verschlechtert und ihre Konkurrenzfähigkeit ungemein erschwert.

Um den selbständigen Mittelstand wieder auf die Beine zu bringen, werden allerlei Vorschläge gemacht. Er hat ja sehr viele Freunde und Förderer, die die Mittelstandstreterei zu ihrem Stedtenpferd erkloren haben, weil sie entweder ehrlich überzeugt sind von der Notwendigkeit, daß Kleingewerbe und den Kleinhandel zu erhalten, oder weil sie mit dem Hintergedanken umgehen, die durch ihre große Zahl einflussreichen Mittelstandleute zu vollständlichen, reaktionären Zwecken zu missbrauchen. Gerade bei der Rettung des Mittelstandes ist viel Schaumgeschägerei, wenn nicht gar bewußter Schwindel, mit im Spiele; denn dieselben Leute, die in der Praxis auf die Vernichtung des Mittelstandes hinarbeiten, fließen bei den theoretischen Erförderungen von Mittelstandsfreindlichkeit über. Leider

werten dies die Kleinbetriebler und Kleinhändler noch immer nicht und fallen immer wieder auf schone Niederschreiben hinein, doch wird ihnen die Entwicklung nach dem Kriege sicherlich noch einmal die Augen öffnen. Die bauischen Gewerkschaften nehmen in dieser Frage einen ehrlichen, unparteiischen Standpunkt ein. Sie haben durchaus kein Interesse an einer Vernichtung des selbstständigen Mittelstandes und stehen deshalb den Bemühungen, die Lage des Handwerkes und des Kleinhandels, soweit dieser unerträglich ist, traurig zu verbessern, keineswegs ablehnend gegenüber. Wohl aber begrenzen sie begründete Zweifel, ob dies möglich sein wird. Sie haben nämlich aus der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte gelernt, daß die Entwicklung unaufhaltlich zur

Bentralisation und zur Organisierung unseres Wirtschaftslebens, und damit zum Großbetriebe hindringt, und sind deshalb überzeugt, daß der Mittelstand fast ohne Ausnahme allmählich von dem Großkapital vertrieben wird. Wenn sie auch aus rein menschlichem Mitgefühl den Verlust der Selbständigkeit so vieler einstmal unabhängiger Meistermeister und Kleinhänderl bedauern, so vermögen doch darin keinen Schaden für unsere gesamte Volkswirtschaft zu erblicken. Die Entwicklung zu einer höheren Wirtschaftsform hat stets Opfer gefordert, und sie wird auch in diesem Falle Opfer fordern. Darüber dürfen wir uns durch sentimentale Erwägungen nicht hindergläubig lassen.

Einfachlich fügten sich dem Bestreben, den Mittelma-  
wider zu dem zu machen, was er früher gewesen ist, in  
übermenschliche Hindernisse entgegen. Große Schwierig-  
keiten waren schon vor dem Kriege vorhanden; aber in den  
fünfzigen Übergangs- und Friedensverträgen wird gezeigt,  
dass alle die Personen und Kreise, die mit einer  
Neubelreibung des Kleingewerbes und des Kleinhandels  
rechnen, sich einer verhängnisvollen Illusion hingeben in  
unerfüllbare Hoffnungen hegen. Das Grundgesetz unserer  
wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist nämlich die Erzielung  
einer höchstmöglichen Leistungsfähigkeit auf allen Ge-  
bieten unseres Wirtschaftslebens, und dieses Gesetz kann  
niemals verwirkt werden, wenn die bisherige Be-  
spaltung und Vergewandlung der Kräfte, wie sie das Klei-  
ngewerbe naturgemäß mit sich bringt, bestehen bleibt. Wir  
sind wirtschaftlich zu arbeiten, alle geistigen, körperlichen und wirt-  
schaftlichen Kräfte zu einer Einheit zusammenzufassen,  
und nicht anders lautet die Parole in der Zukunft. Da-  
sind große wirtschaftliche Organisationen notwendig, die  
die verschiedenen Zweige der Güterherstellung und Güter-  
verteilung bearbeiten, die mit peinlicher Sorgfamle  
wirtschaften und alle überflüssigen, übermässigeren  
Zwischenglieder ausschalten. Es muss unter Mithilfe  
des Staates, der Gemeinden, der Genossenschaften und der  
privatkapitalistischen Wirtschaftsgesellschaften ein Netz von Orga-  
nisationen über unser Land gespannt werden, um hierdurch  
niegeformte Leistungen zu erzielen. Dies liegt im Inter-  
esse der gesamten Menschheit.

eine unijeres gesamten Volkes, hiervon hängt die Ewigkeit  
möglichkeit Deutschilands in der Zukunft ab. Von Be-  
deutung ist allerdings, daß in diesen neu zu schaffenden  
Organisationen nicht die burokratische Schablone des  
Regiment führt, daß vielmehr der Zniiative und der  
persönlichen Beteiligung des Einzelnen ein möglichst weites  
Spielraum gelassen wird. Die auf der Freiwilligkeit und  
auf der Tüchtigkeit seiner Mitglieder beruhende Organi-  
sation muß unjern zufriedigen Wirkungsmaßelben den  
Stempel aufdrücken, wenn wir die Schäden des Kriege-  
heilen, wenn wir unjer Volk wieder gejund und lebens-  
fähig machen wollen.

Es erfordert höchst geschickhaft, ob sich die Kleinbetriebe in den Rahmen dieser neuen Wirtschaftsgefüle werden hineinzutunnen lassen. Ihre Stärke beruht ja auf der Zersplitterung, der Eigenständigkeit und der gegenseitigen Konkurrenz, woran alle Kleinstürgerlichen Organisationsbestrebungen, von denen heutzutage so viel Aufhebens gemacht wird, von vornherein scheitern müssen. Große wirtschaftliche Organisationen sind nun einmal leistungsfähiger als die Kleinbetriebe, und darum ist es tragische Erfüllung des selbständigen Mittelstandes, als möglichst in den Hintergrund gedrängt und zwischen Großkapital und Proletariat wie zwischen zwei Rücksichten zerfurcht zu werden. Damit müssen wir umgehen, und damit muss sich auch der Mittelstand als

finden. Das fühlte natürlich nicht aus, daß die Mittelstandslente auch fernerhin um ihre Selbständigkeit ringen. Sie mögen es uns aber nicht verübeln, wenn wir stille Zweifel hegen an ihrem Erfolg. Und wenn wir immer wieder betonen, daß uns das Wohl des gesamten Volkes höher steht als die Interessen einer bestimmten Volkshälfte, mag sich diese auch für die allein staatsverhaltende und gesellschaftsstützende Volkshälfte halten. Auch für die Mittelstandslente wäre es gut, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich nüchternen Sinnes auf den Boden der wirtschaftlichen Erfüllungen zu stellen. Nüchternes Sachverhantum ohne Illusionen tut uns allen mehr als jemals getreue Freitags-  
feste noi.

## **Cartographie mit dem (Königlichen) Geographischen Bureau in Berlin.**

Erit jetzt sind wir in der Lage, den mit dem Görlitzer Komitee abgeschlossenen Kartovertrag zu reöffnen; die Unterredungen sind nunmehr vollzogen; der Vertrag läuft ein Jahr, um dann erneut und nach im weiteren Rüsten verbessert zu werden. Sein Wortlaut ist:

Arbeits- und Wohnrat ist  
für die im Komitee-Berein beschäftigten Böller und  
Offizierherrinnen.

## Arbeitsarbeiterinnen.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt unabhängig einer Stunde Eßenspaus 9 Stunden.

मुख्यमंत्री राजा शंकर चौधरी

Die oben besprochenen mit gezeigten Bodenveränderungen gehen gewöhnlich weniger als jenseits, als in dieselben Bodenveränderungen jagen.

Der Anfangslohn beträgt M 32 und steigt nach einem Bierteljahr auf M 33 und dann in jedem Jahr um eine weitere Marf bis auf M 36. Schiedsführer erhalten eine Extraulage von M 3, Reitnieder eine polje von M 1 pro Woche.

Der Bodenlohn der bei der Herstellung von Badinenen beschäftigten Hilfsarbeiterinnen beträgt M 16 pro Woche. Den gegebenen Lohnungsverhältnissen entsprechend wird eine Kriegszulage, die als Zusatz zu den obigen Löhnen gilt, gewährt. Dieselbe beträgt M 4 pro Woche. Einheitliche Löhne obiger Gruppen gelten als Boden-

III. Überstunden und Feiertagsarbeit  
Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit sind möglichst zu vermeiden. Wo sie dennoch angeordnet werden müssen, sind sie unweigerlich zu leisten und mit 25 p. St. Zuschlag zum tariflichen Stundenlohn zu vergüten.

#### IV. Lohnzahllung.

Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich, und zwar Freitag. Falls der Freitag ein Feiertag ist, am vorhergehenden Werktag.

## V. Ferien

Seder beschäftigten Person werden in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Fixitzählung des Sohnes Sommerferien gewährt. Die Ferien betragen bis zu fünfjähriger Bejähigungsdauer zwei Wochen. Die Ferienmode ist die Kalenderwoche. Wochenferientage, die in die Ferienmode fallen, gelten als Feiertage. Für Bereinfachende kommen Ferien nur in Betracht, wenn sie vor dem 1. Januar bestiebt haben, einzutreten sind.

Hambridge. 290

**VI.** Zeichen für die und sanitäre Einrichtungen.  
In den Arbeitsräumen ist für genügende Ventilation zu sorgen. In den Maschinen sind die nötigen Schutzvorrichtungen auszuführen; möglichstlich sind zweite Handtücher neben Säife zu liefern. Gelegenheit zum täglichen Geklopf der Badeeinrichtungen ist zu geben. jeder Person ist ein verschließbarer Boxauf zum Aufbewahren der Kleidung zur Verfügung zu stellen. Im Speisesaal ist für die nötige Sitzgelegenheit und im Winter für Heizung zu sorgen.  
Voraussetzung für VI ist, daß die Kriegsverhältnisse es zulassen.)

Generalversammlung zunächst mit den zuständigen Kreisstellen verhandeln. Die Durchführung der Gewerkschaftsvertreter aus den Betriebsräten wurde als unbedingt notwendig angesehen. Dazu ebenso einmütig bestimmt auch den in Arbeitstreffen zum Ausdruck gebrachten Gewerken durch Streiks eine Veränderung der Lage herzuführen. Die Anträge wurden schließlich der Generalversammlung zur weiteren Behandlung überreicht mit dem Vorsitz, über den Schrift ihres Schriftsatzes der nächsten Versammlung Bericht zu erheben. Die Delegation an den Reichstag soll zur vorstigen Ausführung gebraucht werden. In die Delegation werden die Gewerken Westfalen, Hessen, Bremen, Schleswig-Holstein und Sachsen eingefügt. Ein Mitglied der Generalversammlung soll die Führung übernehmen.

Sofern berichtet die Vertreter des Arbeiterschaftsverbandes, Hamm, über die ungenügenden Folgen der Entwicklung der Bildung von Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsleistungen seien sich anscheinend über die Vorreihungen, unter denen gesetzte Arbeiterschaften vorgekommenen werden sollten, nicht dort gemessen. Auch habe es vielfach am möglichen Interesse für diese Angelegenheit gemangelt. Die Generalversammlung wurde beauftragt, für die Festigung der durch den Besuch der Kürfe entstehenden Kosten aus Mitteln einzutreten.

Auf Antrag der Angestellten der Generalversammlung auf die Bekämpfung einer Gewerkschaftsfrage bezüglich ihrer Konkurrenz, wenn den Vorzüglichkeiten der hierfür eingesetzten Gewerkschaften, allen Angestellten der Generalversammlung eine Rechenschaftsrede ab 1. Juli dieses Jahres zu gewähren. Auch wurde eine den Gewerkschaftsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Postleistung- und Telefonabrechnungen.

Bevor der Volksbund für Freiheit und Vaterland kam es zu einer lebhaften Diskussion, weil über die Verteilung dieser Organisation in Arbeitstreffen zwischen dem Zentralausschuss nachgefragt. Über und die ungenügende Bedeutung des Volksbunds wurde von mehreren Seiten diskutiert. Dagegen standen die Anträge, dass die Generalversammlung, um die Position in Gewerkschaften zu erhalten, mit dem Volksbund austreten sollte, wenn möglich. Am Ende war dann überwiegend der Standpunkt des Volksbunds und einer höheren Verteilung der Gewerkschaften bedürftig und ein dann zwielichtig werde, wenn diese Ziele erreicht seien. Ein Antrag Simon, der den Institut der Generalversammlung und dem Volksbund verlangt wurde mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Zwischen den Vorständen der Verbände der Kaufmänner und der Handelsarbeiter waren vor dem Kriege aus Anlass eines Schiedsspruchs in Gelsenkirchen, bei dem es zum Streitfall zwischen Arbeiter gekommen war, Einsichtserlaubnisse entstanden, deren Beilegung trotz wiederholter Verhandlung der Generalversammlung nicht gelungen war. Die Generalversammlung erachtet, dass es sich hier um einen Streit handele, bei dem die Kaufmänner der Verhandlungen der im Sommer 1915 beschlossenen Vergleichung über das Belegschaftsrecht der Generalversammlung (S. 272) genutzt haben. Daraus sei ein Schadensersatz einzuschätzen, der Beileger je pro Tausch durch die am Streit beteiligten Gewerkschaften zu erlassen seien und deren Entschädigung sei. Da die beiden in Frage kommenden Verbände wurde abweichen, um einem jüngsten Beschluss zu folgen.

Entsprechend fanden noch einige unveröffentlichte Fragen ihre Beleidigung. Um Wissenssicherung im Verhandlungsfalle zu gewinnen, wurde es mit den Schiedssprüchen bei diesen Arbeiterschaften für Wohnungsbau, die die Arbeitnehmer bei Steigerungen nicht erhöhen sollten, soll eine Aussage an sie in Form formellen Vertrags erzielen. Zusätzlich der Beleidigung erachtet der Generalversammlung, dass die Arbeitnehmer die Steigerungen nicht erhöhen sollten, da dies eine soziale Frage ist, da dieser Fall schon in den Beilegern einer Seite vom Gewerkschaften verhandelt wurde. Bei der allgemeinen Preissteigerung sei über zu empfehlen, die Preise an Arbeitsverhältnissen der verschiedenen Firmen anzustellen. Weitere Unterredungen, die an die Kommission ihre zum Preissteigerung einvernehmliche Sicherung ihrer Ansprüche schaffen, sollen die Bedingungen, dass diese Arbeiterschaften nicht verpflichtet, dass der Preissteigerung wieder in die allgemeine Preissteigerung hinzugefügt werden soll, dass ein gewisser Teil dazu hinzugehende Gewerkschaften nicht eine Gegensteigerung verhindern.

Der Vorsitz der Arbeiterschaften wurde nach unverhängt mit großer Energie die Aufstellung der Abstimmung des § 2 des 5. Abts der Gewerkschaftsordnung bestimmt. Schon die Positionen sind nun gefunden worden, bei der Abstimmung des § 2 des § 122 werden ebenfalls neue einschlägige, da es der allgemeinen Preissteigerung nicht gegensteigen darf, die Positionen und diese Abstimmung werden, wenn die Gewerkschaften sich nicht auf die Preissteigerung einstimmen, so dass die Abstimmung der Arbeiterschaften erungen werden.

Die neue Gewerkschaften bestehen Material über Vermögensgegenstände für Gewerkschaftsangehörige bei ehemals Gewerken bestimmt haben, so wurde die Generalversammlung bestimmt, dass die Erfahrung bei allen Gewerkschaften über die Kürfe angehört zu nehmen und die Ergebnisse den Gewerken zugewiesen.

## Verbandsnachrichten

### Göttingen

Vom 21. bis 22. September gingen bei der Hauptstelle der Gewerkschaften folgende Beschlüsse ein:  
Für Langzeit: Schwerpunkt 11. 39,50, Kurzzeit 97,70,  
Zwischen 115, Werkzeuge 22,90, Schmiedepunkt 25,20.  
Der Winkelabschlag der Hauptstelle: P. 20.  
Zwischen 20,50, S. 21. Zettel 20,80, S. 22. Zettel  
22,50.

Für Abonnement und Abonnement: C. (im Vorder) M. 8, Hamburg 4,20.

### Der Hauptstellevertrag

## Kriegsverluste des Verbandes.

**Bundeskreis Bremen.** Geerd E. Bühlmann, Bückeburg (Büsum-Wilhelmshaven), gestorben infolge Krankheit.

**Bundeskreis Frankfurt.** Albert Hettenhausen (Gotha), seinen Verletzungen im einen Feldlazarett erlegen.  
**Bundeskreis Magdeburg.** Otto Hübler, Bönen, 21 Jahre alt, gestorben am 18. September.

Ehre ihrem Andenken!

## Schiffbauereien und Werke.

Mit der Gründung Hammonia in Bremen ist eine neue Schiffbauerei eröffnet worden, nach der der Wettbewerb für Bauten ab 100 und für die Arbeiter 100 bis 250, steigend bis 400, beträgt.

**Generalversammlung im Zonenamt Magdeburg.** Unsere Kollegen haben in einer am 21. September stattfindenden Versammlung eingehend zu den Neuerungsverschärfungen Stellung genommen, und auch den Repräsentanten des Schiffervereins Bremen und des Kollegen Gewerkschaftsobligier befragt, die Begeisterung zu beantragen, in die Zukunft mit dem Seuchen heranzutreten, dass auf alle Fälle ein Zuschlag von 100 gewährt werden soll. Wenn wir doch der Sache unserer Kollegen übermäßig von Erfolg begleitet sein möge.

## Werkstätten.

### Wörder

**Wörder.** Im unserer Versammlung, der Zeit entsprechend mit heimischer Mitgliederbeteiligung am 14. dieses Monats vom Kollege Streiter aus Holte eröffneten und bezeichnete über: "Die noch höhere Beteiligung der Werke und Werften und weiter: "Sind die Jahre noch zeitgerecht". Zum ersten Mal erkannte er die Größe der Beteiligung der Belegschaften aus der Dienstzeit, an der sich unter andern die Kollegen Beyer und Ringel beteiligten, ergriff sich, dass durch das Verlieren der Sonderarbeit, welches ohne Schaden des Gewerbes geblieben ist, den betroffenen unveränderten Verhältnissen eine Dienstleistung widersteht. Die Sonderarbeit ist unvermeidlich und nicht kostengünstig. Zum zweiten Sprach bezeichnet die Versammlung, unter Bemerkung der drohenden Nachfrage, die Forderung der Festsetzung eines Mindestlohnes an die Branche unzureichend. Die Sonderarbeiten werden der Dienstzeitung "Der Wochenspiegel" verordnet, der Sonderarbeiten die von jedem einzelnen Betriebseigenen, und vermeiden in jeder Branche den Abschied kostengünstig zu unterscheiden, damit wir noch mehr zur Verbesserung unserer Lage tragen.

**Magdeburg.** Unsere Mitgliederversammlung fand am 29. September im "Dianatal" statt. Die Zeit hatte sich durch besseres Gedächtnis zu verbessern als die vorher verhängten Verhandlungen. Leider musste aber wieder teilhaft werden, dass der Buchhändler, Kollege Müller, nicht erscheinen war. Das war zum 10. Geburtstag älter, als Müller auf Antrag in den Betrieb gewählt ist und als Betriebsrat um den Verhandlungen der Generalversammlung in Leipzig teilnahm. Die Dienstzeit zeichneten vom Kollegen Müller, der wenn er wichtige Delegationen und Versammlungen in der Dienstzeitung abhielt, er auch eine und an der Mitgliederversammlung Bericht erstattet und sich an der Beteiligung an dem Betrieb beteiligt. Kollege Müller erhielt von seinem und Kollegen Müller vom 20. August, der sich die geschätzte Situation in der Dienstzeitung und im Betrieb gelesen. Für die Dienstzeit in einem Betrieb, momentan bei der Firma Rossmann und im Bauunternehmen, richte wieder eine zufriedene Erfahrung der Gewerkschaften erzielt werden. Der Preissteigerungsgrad ist in diesen Fällen immer noch ein jeder. In den Betrieben werden fast nur Preise bestimmt, wo in den Dienstzeitungen Geschäfte werden, in denen Bezeichnung und Zahl zu unterscheiden sind. Später wurde bald Einstellung geschafft. Der geschilderte Zustand kommt mir zum ersten Male in der Dienstzeit eine kleine Parallele an. Zuletzt berichtete habe der Betriebsrat gesagt, es ist dringend notwendig, dass alle Mitglieder ihr möglichstes zur Absicherung der Organisation unter den Betriebsräten tun. Der Betriebsrat weist eine Forderung von A. 364,21 und eine Anstrengung von A. 119,18 zurück. Nur durch den Betriebsrat wurde der Betriebserfolg gesichert. Die Kollegen Streiter und Beyer gehen dazu noch einen eingehenden Bericht von den Arbeitern des Gewerkschaftsvereins und den gewählten Betriebsräten. Eine Diskussion wurde zu beiden Berichten nicht geführt. Der Bericht, ob die Betriebszeit haben sich die Betriebsräte dann noch zu einem geeigneten Zeitpunkt mit ausführlicher Unterhaltung und Beratungen getroffen. Dies wieder wurde der Bericht laut, es müssen sich doch alle Mitglieder um unsere Betriebsräte kümmern, um dass die Kollegen aus Betriebsräten mehr Zeit haben.

## Giebelstadt.

**Giebelstadt 1. 28.** Am 14. September ist hier Herr August Niedermann gefeuert. Er war, wie wir bei dieser Gelegenheit leider erwischen müssen, einer von denjenigen Arbeitern der Eisenbahndienste, der, obwohl er sich über nur aus kleinen Rungen eingesetzungen hatte, die Arbeitserziehung besserer Betriebe der Eisenbahn an den Tag legte. Beim vor dem Kriege Schiedsspruch standen, so erfuhr er nie so schnell wie möglich und zu einer Absprache oder zu Verhandlungen mit den Organi-

satoren verharrte ließ er es in seiner Stadt überhaupt nicht recht kommen. Auch wenn die hierigen Arbeitervon unserer Brüder während des Krieges etwas soziales Empfinden zeigten — sei es durch Unterstützung der Krieger, Teilnehmer oder ihrer Angehörigen, sei es durch Bewährung von Lauerungsanlagen — Herr August Niedermann hatte beides nicht mögig!

## Spielleiter am 5. Oktober

an der 11. Mitgliederversammlung für 1918

(6. bis 12. Oktober) fällig.

## Wittfeld - bzw. Baudirektor Bremen.

**Bremen:** 5 Uhr bei Schlemmer, Steinstraße.

**Neumünster:** 3 Uhr in Pitt, "Glashalle", Südermarkt 48. — **Düsseldorf:** 3 Uhr bei Müller, Dohmstraße. — **Geest:** 3 Uhr in "Dombergs Anwalt".

**Hamburg:** 8 Uhr.

**Braunschweig:** 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Diemer-Strasse 38. — **Wolfsburg:** 8 Uhr bei Haase, Wilhelmstraße 105.

## Bremerhaven.

**Wedwig Jenker**  
**Eugen Schmidtenbach**

Verlobte.

Tilsen, September 1918.

## Nachruf.

[M. 380] **Nachruf.** Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel an den Folgen einer schweren Verwundung, erlitten auf dem Wege zum Rathaus, in einem Feldlazarett unter langjähriges Mitglied, der Bäuer

### Albert Hettenhausen.

Ehre seinem Andenken!

Büchstelle Gotha.

## [M. 480]

## Nachruf.

Dem Krieg zum Opfer fielen unsere beiden Mitglieder

### W. Grundmann,

Wöder, 23 Jahre alt.

### Otto Hübler,

Wöder, 24 Jahre alt.

Wir beklagen mit den Angehörigen den Verlust dieser jungen Kollegen und werden deren Andenkten in Ehren halten.

Büchstelle Magdeburg.

## Nachruf.

In einer schweren Krankheit starb in Heideck unter langjähriges, treues Verbandsmitglied, der Bäuer

### Geerd E. Bühlmann.

Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden.

[M. 3,60] Büchstelle Büsum-Wilhelmshaven.

## "Anhennrich"

bestensmäßiges Mittel zum Stechen der Bleche und Formen. Preise pro A. 7,50, von 5 kg an A. 10,7. Sehr zu empfehlen!

**Liebing & Co., C. m. b. H.**

Leipzig-St. 5, Schloßgartenstraße 8. Telefon 2290.

## Exalte, Efzenzen, Sorben.

Handelskraft — 2 Stück A. 65

Wischmacherkraft — 30

Hammerkraft — 25

Ringeckraft — 40

Hammerkraft — 45

Butterkraut — 10

Probeführung von obigen reich Sorten je ein Stück A. 65, je ein Stück A. 34 erhältliche Rüben ab Leipzig.

[A. 8] Eigentümer Eisels (Mäuse). Alle anderen Eisels laut Spezialbeschreibung empfehlen.

**Liebing & Co., C. m. b. H.**

Leipzig-St. 5, Schloßgartenstraße 8. Telefon 2290.

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkücher, Hefekücher u. Frischkäseküchen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mr. 3

Exemplar Freitags jeden Donnerstag von  
Redaktionsschluß Montag morgen 10 Uhr

Abonnentenpreis pro dreieinhalbseitige Peri-  
ode Mr. 1, für die Zählstellen 30 Pf.

**Hinein in die Verformungen, die sich mit dem Nachbachverbot beschäftigen! Jetzt gilt es, Eure Stimme nochmals für Eure Interessen zu erheben!**

## Mittelstandswirtschaft in Theorie und Praxis.

Wenn es möglich wäre, dem schwerbedrängten Mittelstand in Deutschland durch Sympathiebezeugungen, Versprechungen und mit guten Ratshilfen zu helfen, so wäre die Sache sehr einfach. Da dies aber nicht der Fall ist, da es vielmehr auf durchgreifende Maßnahmen ankommt, so hat die Sache ihren Haken, und darum ist die Mittelstandserrettung ein solch verzweigtes Problem, dessen Lösung viel schwieriger ist, als die meisten Leute auch nur ahnen. Wenn irgendwo die sprachwörtliche Stedensart, daß das Mittelständische nicht genügt, sondern daß geöffnet werden muß, eine sieje Wahrheit in sich spießt, so ist es hier der Fall, wo es sich darum handelt, eine wirtschaftliche Erneuerung, wie Kleingewerbe und Kleinhandel, die jetzt Jahrzehnte einen vergeblichen Kampf führen gegen die Auflösung durch die Großbetriebe, wieder so lebensfähig zu machen, wie sie einsam, in den sogenannten guten alten Zeiten, gewesen sind. Dies ergibt sich deutlich aus dem Widerholtz zwischen den Bemühungen der Mittelstandeleute und den Erfolgen, die sie aufzuweisen haben.

Zweifellos hat der selbständige Mittelstand, der schon vor dem Kriege sehr schwer um seine Existenz zu ringen hatte, unter den Einwirkungen des Krieges große wirtschaftliche Schädigungen erfahren. Der Krieg hat zahlreiche kleine Handwerker und Geschäftsführer gezwungen, ihre Betriebe stillzulegen, während die mittleren und großen Betriebe es verstanden, sich auf die neue Kriegswirtschaft einzurichten und Niedergewinne einzuhnehmen. Die kleinen sind durch den Krieg bis unter die Ränder gekommen, während die Großen viele Waren hohen Preisen haben können. Überdien wird auch in der fürtigen Übergangs- und Friedenszeit die Entwicklung zum Großbetrieb, die durch den Krieg ungemein gefördert worden ist, noch weitere Fortschritte machen, was natürlich die Ausfütterungen der Kleinbetriebe verschleift und ihre Konkurrenzfähigkeit ungemein erschwert.

Um den selbständigen Mittelstand wieder auf die Beine zu bringen, werden allerlei Vorschläge gemacht. Er hat ja sehr viele Freunde und Förderer, die den Mittelstandsträger zu ihrem Stedenspatron erklarent haben, weil sie entweder ethisch überzeugt sind von der Notwendigkeit, das Kleingewerbe und den Kleinhandel zu erhalten, oder weil sie mit dem Hintergedanken umgehen, die durch ihre große Zahl einflussreichen Mittelstandeleute zu politisch-reaktionären Zwecken zu missbrauchen. Gerade bei der Rettung des Mittelstandes ist viel Schwachsinn, wenn nicht gar bewußter Schwindel, mit im Spiele; denn dieselben Leute, die in der Praxis auf die Vernichtung des Mittelstandes hinarbeiten, fliehen bei den theoretischen Erörterungen von Mittelstandstreundlichkeit über. Leider merken dies die Kleingewerbler und Kleinhändler noch immer nicht und fallen immer wieder auf jähne Niederschläge herein, doch wird ihnen die Entwicklung nach dem Kriege jederlich noch einmal die Augen öffnen. Die bürgerlichen Gewerkschaften nehmen in dieser Frage einen ehrlichen, unparteiischen Standpunkt ein. Sie haben durchaus kein Interesse an einer Vernichtung des selbständigen Mittelstandes und stehen deshalb den Bemühungen, die Lage des Handwerkes und des Kleinhandels, soweit dieser menschlich ist, tatsächlich zu verbessern, ziemlich abnehmend gegenüber. Wahl aber liegen sie begründet zweit, ob dies möglich sein wird. Sie haben nämlich aus der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte gelernt, daß die Entwicklung unaufhaltlich zur

Centralisation und zur Organisierung unseres Wirtschaftslebens, und damit zum Großbetrieb hinläuft, und sie sind deshalb überzeugt, daß der Mittelstand fast ohne Ausnahme allmählich von dem Großkapital zerrieben wird. Wenn sie auch aus rein menschlichem Mitgefühl den Verlust der Selbständigkeit so vieler einsam lebhafter Kleinstadtmüter und Kleinhändler bedauern, so vermögen sie doch darin keinen Schaden für unsere gesamte Volkswirtschaft zu erkennen. Die Entwicklung zu einer höheren Wirtschaftsform hat jetzt Objekt gefordert, und sie wird auch in diesem Falle Drier föhren. Darüber dürfen wir uns durch sentimental Erwägungen nicht hinwegtäuschen lassen.

Schließlich fügen sich dem Verlusten, den Mittelstand wieder zu dem zu machen, was er früher gewesen ist, unüberwindliche Hindernisse entgegen. Große Schwierigkeiten waren schon vor dem Kriege vorhanden; aber in der fürtigen Übergangs- und Friedenszeit wird sich zeigen, daß alle die Personen und Kreise, die mit einer Neuorganisation des Kleingewerbes und des Kleinhandels rechnen, sich einer verhängnisvollen Illusion hingeben und unerfüllbare Hoffnungen hegen. Das Grundgesetz unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues ist nämlich die Errichtung einer höchstmöglichen Leistungsfähigkeit vor allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens, und dieses Gesetz kann niemals verwirklicht werden, wenn die bisherige Besplitterung und Vergewaltigung der Kleinstadt, wie sie das Kleingewerbe natürgemäß mit sich bringt, bestehen bleibt. Wirtschaftlich zu arbeiten, alle geringen, mittleren und wirtschaftlichen Kreise zu einer Einheit zusammenzufassen, so und nicht anders lautet die Rolle in der Zukunft. Dazu sind große wirtschaftliche Organisationen notwendig, die die verschiedenen Zweige der Güterherstellung und Güterverteilung bearbeiten, die mit peinlichster Sparsamkeit wirtschaften und alle überflüssigen, lärmverursachenden Zwischenhändler ausschließen. Es muß unter Führung des Staates, der Gemeinden, der Großunternehmen und der privatkapitalistischen Wirtschaftsgesellschaften ein Netz von Organisationen über unser Land gespannt werden, um hierdurch niedrigstes Leistungen zu erzielen. Dies liegt im Interesse unseres gesamten Volkes, hierauf hängt die Erfolgsmöglichkeit Deutschlands in der Zukunft ab. Von Bedeutung ist allerdings, daß in diesen neu zu schaffenden Organisationen nicht die bürgerliche Scholastica das Regiment führt, daß vielleicht der Initiative und der persönlichen Freiheit des Einzelnen ein möglichst weiter Spielraum gelassen wird. Die auf der Freiheit und auf der Lüftigkeit seiner Mitglieder beruhende Organisation muß außerdem zukünftigen Wirtschaftsschichten den Stempel aufdrücken, wenn wir die Schäden des Krieges heilen, wenn wir unser Volk wieder gesund und lebensfähig machen wollen.

Es erscheint höchst zweifelhaft, ob sich die Kleinbetriebe in den Rahmen dieser neuen Wirtschaftsgesellschaften werden hineinzuhängen lassen. Ihre Existenz hängt ja auf der Besplitterung, der Eigenhöflichkeit und der geprägten Konkurrenz, wozu alle Kleinstadtgewerbe Organisationen, von denen herzulegen ja viel Anstrengung gemacht wird, von vornherein scheitern müssen. Große wirtschaftliche Organisationen sind nun einmal leistungsfähiger als die Kleinbetriebe, und darum ist es das tragische Schicksal des selbständigen Mittelstandes, allmählich in den Hintergrund gedrängt und schließlich zwischen Großkapital und Proletariat wie zwischen zwei Mühlensteinen zerquetscht zu werden. Damit müssen wir uns abfinden, und damit muß sich auch der Mittelstand ab-

finden. Das schafft natürlich nicht aus, daß die Mittelstandslente auch fernherin um ihre Selbständigkeit ringen. Sie mögen es uns aber nicht verbürgen, wenn wir beide Zweifel hingen an ihrem Erfolg. Und wenn wir immer wieder betonen, daß uns das Wohl des gesamten Volkes höher steht als die Interessen einer bestimmten Volksspartei, mag sich diese auch für die allein hochverachtende und gejellwohlspürnde Volksspartei halten. Auch für die Mittelstandslente wäre es gut, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich nüchternen Sinnes auf den Boden der wirtschaftlichen Tatsachen zu stellen. Nüchternes Sachdenken ohne Illusionen tut uns allen mehr als jemals genade bringt.

## Karlsruhe mit dem (hingerückten) Feiertag in Südtirol.

Erl jetzt sind wir in der Lage, den mit dem Gültigkeitskummers abgeschlossenen Karfreitag zu benutzlichen, die Unterhälfte und darüber vollzogen der Vertrag läuft ein Jahr, um dann erneut und auch in meisterten Punkten verbessert zu werden. Sein Verlauf ist:

I. Arbeits- und Lohnarbeits für die im Gewinn-Bereich befindlichen Bäder und Schönarbeiterinnen.

I. Arbeitszeit  
Die tägliche Arbeitszeit beträgt ausdrücklich einer Stunde Überspanne 9 Stunden.

Es werden höchstens nur 6 Arbeitsstunden geleistet, in den Wochen mit regelmäßigen Sonnenuntergängen jedoch je viel weniger als jetzt, als in derselben Wochenzeitungen fallen.

II. Lohn.  
Der Infangolos beträgt M. 32 und steigt nach einem Betriebsjahr auf M. 33 und dann in jedem Jahr um eine weitere Marke bis auf M. 36. Schönführer erhalten eine Extraulage von M. 3, Schönmutter eine solche von M. 1 pro Woche.

Der Bodenlohn der bei der Herstellung von Bodenren befähigten Schönarbeiterinnen beträgt M. 16 pro Woche.

Den gegebenen Lohnunterverhältnissen entsprechend wird eine Grießulage, die als Brüdel zu den übigen Löhnen gilt, gewährt. Diese beträgt M. 4 pro Woche.

Sämtliche Löhne obiger Gruppen gelten als Bodenlöhne.

III. Nebentunden und Feiertagszahl.  
Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit sind möglich zu vermeiden. Wo sie dennoch unabdingbar werden müssen, sind sie unvergütet zu leisten und mit 25 pf. Brüdel zum tatsächlichen Stundenlohn zu vergüten.

IV. Lohnzähllung.  
Die Lohnabrechnung erfolgt monatlich, und zwar folgende. falls der Feiertag ein Feiertag ist, am vorhergehenden Werktag.

V. Ferien:  
Sämtliche befristigten Person werden in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September unter Berücksichtigung des Sozial-Sommerferien gewährt. Die Ferien betragen bis zu fünfjähriger Beschäftigungsduauer zwei Wochen. Die Ferienwoche ist die siebenstündige Wochenarbeitszeit, die in die Ferienwoche fallen, gelten als Ferienzeit. Für Bereitschaften kommen Ferien nur in Betracht, wenn sie vor dem 1. Januar des selben Jahres eingetreten sind.

Während der Kriegsdauer sind die Ferien auf die Hälfte eingeschränkt.

VI. Technische und finanzielle Einrichtungen.

In den Arbeiträumen ist für genügende Sitzung zu sorgen. An den Werkstätten sind die nötigen Schutzausrüstungen einzubringen, wodurchlich sind keine Handtücher neben Seite zu legen. Gelegenheit zum regelmäßigen Gebrauch der Badeeinrichtungen ist zu geben. Überdien ist ein verbindlicher Subsidiär zum Infanteriewagen der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Der Speiseraum ist für die nötige Sitzgelegenheit und im Winter für Heizung zu sorgen.

(Bemerkung für VI ist, daß die Kriegserfolgszeit es zuläßt.)

### VII. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Der Lohn wird den Arbeitern weitergezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund ohne ihr Verhinderung für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert sind. Als nicht erhebliche Zeit wird festgesetzt:

Nach einer Beschäftigungsduer von einem Monat bis zu einem Jahre drei Tage, bis zu fünf Jahren eine Woche, aber fünf Jahre zwei Wochen.

Als ein in der Person liegender Grund werden Verhinderungen durch Krankheit oder militärische Übungen angesehen. Bei militärischen Übungen gelten ungeachtet der Beschäftigungsduer 14 Tage als nicht erhebliche Zeit.

Auf den Lohn für diese Tage kann jedoch Strafgeld, das ähnlich aus gesetzlicher Sicherung dem Arbeiter zustehende Unterstützung in Abrechnung gebracht werden, und zwar Kindererzieher auch dann, wenn sie nicht innerhalb der Arbeitszeit erledigen lassen und Gebühren hierfür nicht gezahlt werden. Teilnahme an Kontrollversammlungen, Aushebungen und Plünderungen, Anzeigen beim Standesamt in Geburts- und Todesfällen, sowohl hierfür das Erstellen des Belegschaften gefordert wird; das Erstellen auf Vorladungen im Gerichtshof, in Verwaltungsbüros und andern nicht verbindlichen Sachen, polizeiliche Vorladungen und Vernehmungen, Feuerlöschdienst auf Grund öffentlicher Verpflichtung.

Von der Verbinderung ist redigierig vorher Mitteilung zu machen.

### VIII. Neuordnung der Arbeitsstrafen.

Kontrollaufstellende Arbeitsstrafe können vom Bezirksarbeitsgericht des Generalverbandes der Männer und Frauen (Art. 20, Görlitz, Selenmontröze 21) verhängt werden.

### IX. Allgemeines.

Entscheiden zwischen der Geschäftsführung des Vereins und den von der Geschäftsführung beauftragten Fäder und Geschäftsführerinnen aus dem Arbeiterschaftsamt oder über den Fall und die Auslegung dieses Vertrages Differenzen zu werden, läßt eine Einigung mit dem Arbeitsausschuß nicht erzielt werden kann, dieselben mit dem Vorsitzend der Geschäftsführung und der unterzeichneten Organisationseinheit zu schließen verfügt.

Wird hierbei eine Einigung nicht erzielt, so unterwerfen sich beide Tarifparteien einem Schiedsgericht des Geschäftsführung zu Görlitz. Eine beziehungsweise günstige Lohn- oder Arbeitsverhältnisse werden durch diesen Tarif nicht aufgehoben.

Die Tarifparteien haben unentgeltlich die Rechte, Abberufungen wegen Verbandszugehörigkeit, Untersagung der Lohnbewegung oder Wahlnebung der Arbeitnehmerinnen zu tun. Die Ausübung dieser zulässiger Tarifrecht im Betriebe ist untersagt.

### X. Schlusshinrichtungen.

Dieser Tarifvertrag ist mit dem 1. Juli 1918 in Kraft getreten und gilt bis 30. Juni 1919. Erhält einen Monat vor Ablauf dieser Frist von seinem Tarifverein keine Nachtrags, so gilt der Tarif auf ein weiteres Jahr verlängert.

Görlitz, den 17. August 1918.

General-Verein zu Görlitz.  
(Unterschrift)

Zusammen mit manchen Wunsch zu erfüllen suchten, durch den Abschluß des Tarifs eine Reihe wirklich nennenswerte Parteien unsern dortigen Kollegen zu teil, auf die sie bisher noch verzichten mochten. Es wurde eine Stunde Arbeitszeitverkürzung erreicht. Das Recht auf Ferienverkürzung ist ein weiteres Fortschritt selbst unter der Einvernehmen, daß während der Ferienzeit — solange dieser Tarif gilt — nur die Hälfte gewährt wird; jedoch die Verkürzung des Lohnes auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Lohnregulierung ist zu beenden, weil sie dem bisher so unzureichenden Sache, das die Erhöhung in diesem Bereich bei ein Ende bereitet und eine Grundlage gefunden hat, auf der nach gerechten Grundsätzen weiter ausgebaut werden kann. Sodann ist ein unzureichender Tarif, der zuweilen die jetzige Verbesserung im Tarifvertrag erfordert, daß auch den Förderungen im Görlitzer Tarifverein unzureichende Fortschritte erzielt.

In jedem Falllagen im Betriebe fragt es nun, an dem weiteren Schluß der Organisation am Ende mitzuverhandeln, kann darüber nicht nur in der Lage sein, weitere Verbesserungen herzustellen.

O. E.

### Tarifabschluß mit dem Betrieb Schwar, Wagner & Comp. in Regensburg.

Die Arbeitnehmerinnen personalen Betriebes haben ihre eigenen Organisationen angehörigen und bewirken durch die Besoldung in mehreren Versammlungen, der Direktion eine Tarifvereinbarung zu unterstützen.

Dieselbe wurde am 5. September eingetragen, und am 11. September fanden bereits die Verhandlungen statt. Eine sozialistische Verbesserung wurde nachdrücklicher Tarifverein erwartet.

#### A. Einführung.

1. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen in den Bereichen 1. Uhr 2. Uhr 3. Uhr eindeutig einer sozialen Tarifeinstellung und je einer Tarifvereinbarung zwischen Unternehmen.

2. In den Bereichen ist für alle Arbeitnehmerinnen nachfolgende 4 Uhr, an den Betrieben der beiden Zeitabsatz, wie folgendes bestimmt. Gegen Mittag und abends ist eine Tarifvereinbarung, die soviel Zeitabsatz eingeschloßen ist, daß die Belegschaft nicht mit der Tarifvereinbarung eingeschlossen ist.

3. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerinnen werden nach 4 Uhr bestimmt; wenn jedoch zu arbeitende momentanen

Arbeiten benötigt werden, sind die Arbeiter und Arbeitnehmer dazu verpflichtet.

für gewöhnliche Überstunden werden an Arbeitnehmerinnen über 16 Jahre pro Stunde 60 Pf. vergütet.

Jugendliche Arbeiter und Arbeitnehmerinnen bis zu 16 Jahren werden zur Überstundenleistung nicht verpflichtet.

für Sonntagsarbeit werden 75 Pf. des einfachen Tagelohnes mehr vergütet.

Über die normale Arbeitszeit hinausgehende Zeit, und zwar bei 20 Minuten wird als halbe Stunde, bei 40 Minuten als ganze Stunde bezahlt, wie auch bei Überstunden im umgekehrten Falle der Abzug in gleicher Weise erfolgt.

#### B. Löhne.

1. Der Tagelohn beträgt für jugendliche Arbeitnehmerinnen von 18 bis 15 Jahren .....

M. 2,50

15 " 16 " " 3,25

16 " 17 " " 3,50

über 17 Jahre " 4,-

für solche Arbeiten mit besonderer körperlicher Anstrengung wird entsprechend mehr bezahlt.

Sämtliche Löhne sind Mindesttagelöhne. Bezahlende höhere Löhne, als in vorstehender Vereinbarung festgelegt sind, dürfen nicht gefürzt werden.

C. Sanitäre Einrichtungen und Sicherheitsmaßnahmen bei eventuell eintretenden Unfällen.

Dem Gesamtpersonal werden entsprechende Kleiderräume getrennt für beiderlei Geschlecht zur Verfügung gestellt, welche verhältnißbar sind.

Um bei eventuellen Unfällen sofortige Hilfe leisten zu können, wird vorhandenes brauchbares Material zur Verfügung gestellt.

#### D. Urlaub.

Arbeiter und Arbeitnehmerinnen wird nach einfacher Verhängungsduer ein Urlaub von fünf Tagen, nach zwei Jahren ein solcher von acht Tagen unter Fortsetzung des Lohnes gewährt. Geldabfindung für Urlaub ist unzulässig. Die Urlaubszeit wird seitens der Firma festgesetzt, jedoch wird in dringenden Fällen den Beschäftigten Begünstigung gewährt.

#### E. Sonstiges.

Die Bestimmungen der Arbeitsordnung und der Tarifvertrag sind zusammen in Einklang zu bringen.

Sonderabredenungen aller Art, die gegen den Tarifvertrag verstoßen, sind ungültig.

Neuerungen im Betrieb, die eine Neuregelung der Löhne und Arbeitszeit bedingen, werden mit den Tarifkontrahenten in einem Vertrag zum Tarifvertrag festgesetzt. Die Lohnzehrung erfolgt freitags eine Viertelstunde vor Arbeitsbeginn.

Saisonarbeiterinnen werden nach den tariflichen Lohnraten bezahlt.

Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses besteht nicht, jedoch wird dieselbe bei Arbeitsabschluß gleichzeitig geübt.

#### F. Sozialrecht.

Weiter Organisationszugehörigkeit oder Eintritt in den Tarifvertrag dürfen Entlassungen oder Maßregelungen nicht erfolgen.

#### G. Tarifamt.

Sollten zwischen der Firma oder deren Beauftragten Streitigkeiten mit der Arbeiterschaft entstehen, welche sich auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieses Vertrages und die Arbeitsordnung beziehen, so wird berücksichtigt, die Differenzen zunächst unter den Tarifkontrahenten zu klären.

Sollte hier eine Einigung nicht zu finden, so ist der zuständige Schlüfungsausschuß des Hilfsdienstgekörpers um Vermittlung einzurufen.

#### H. Tarifdauer.

Die Tarifdauer ist bis 1. September 1919 mit vorheriger einmonatiger Kündigungsdauer. Wird der Vertrag von einer der vertragshabenden Parteien nicht gekündigt, dann kauft dieselbe stillschweigend ein Jahr weiter.

Für Fälle außergewöhnlicher Verhältnisse, die innerhalb der Tarifdauer eintreten können, kann beiderseitig eine Tarifvereinbarung erzielt werden.

Die Vertragshabenden verpflichten sich, innerhalb der Kündigungsgesetz Verhandlungen einzuleiten, zwecks Abschluß eines neuen Tarifvertrages.

Die Kündigung hat durch eingeziehenen Brief zu erfolgen.

#### I. Praktischeklärung.

Da bei Eröffnung vorstehenden Vertrages gelerntes sowie sonstiges männliches Personal nicht beschäftigt wurde, wird bei Eröffnung jeder Arbeitsschicht eine Vereinbarung über Lohnentwicklung durch die Tarifkontrahenten getroffen. Am Morgen gelten die Bestimmungen des Tarifvertrages, Regensburg, den 24. September 1918.

#### Unterschriften.

Durch diesen Vertrag wurde erreicht, daß 19 Arbeitnehmerinnen sofort M. 6 pro Woche mehr erhalten, und vier Beßtarifte kommen mit einer Bezahlung von M. 2,50 in Frage. Für Überstunden werden in Zukunft 25 Pf. mehr gezahlt. Auch die Sonntagsarbeit wird um 75 Pf. besser entlohnt als bisher. In weiteren Erfolgen ist zu blicken, daß den Beßtariften ein Urlaub unter Bezahlung des Lohnes gewährt wird. Ferner wurde den Beschäftigten zu gestanden, daß durch die Regelung der Löhne keine Veränderung eintrete und für noch wie vor Loh und Matratze im Betrieb eingesetzt werden, was sie wollen; auch die Einzelnen und Sonderabreden werden von der Firma geschafft.

Besonders hervorzuheben ist, daß zur Leistung von Überstunden jugendliche Personen unter 16 Jahren nicht herangezogen werden. Auch das Konitionsrecht wurde den Beschäftigten vollständig zugestanden und der Beitreten zur Organisation zweckmäßig, daß die Beiträge im Kalender geahndet werden dürfen. Der Tarifvertrag wird die Kündigung verhindern und im Betrieb zum Ausdruck gebracht.

Durch diesen ersten Schritt, den die Kolleginnen durch ihre Organisation unternommen haben, erzielen sie einen großen Erfolgserfolg. Wenn die Kolleginnen auch weiterhin zur Organisation durch festen Zusammenschluß und Werbung neuer Mitglieder ihren Beitrag, dann werden weitere Erfolge folgen sein.

### Gewerkschaften bei der Firma Sprengel & Co.

#### in Haunau.

In letzter Nummer brachten wir eine Darstellung der Gewerkschaften, wie sie die Firma Sprengel der weiblichen Arbeiterschaft gegenwärtig gewährt und hätten wirklich nicht geglaubt, daß die ganz objektive Aussicht, die obendrein eine Anerkennung des Entgegenkommens der Firma gegenüber ihrer Arbeiterschaft enthielt, nur den geringsten Widerspruch der Betriebsleitung erregen könnte. Aber weit gefehlt. Wir wurden sogar mit einer Berichtigung überrascht. Sie hat aber die merkwürdige Eigenschaft, etwas richtigstellen zu wollen, wovon wir mit keiner Silbe gesprochen haben — nämlich den Zugaben auf Männerlöhne — und zum andern bestätigt sie in bezug auf die Gewerkschaften für die Arbeitnehmerinnen, was wir ausführten. Trotz der Berufung auf das Preissach können wir natürlich eine solche Berichtigung ruhig in den Papierkorb versenken; aber da wir davon unterrichtet sind, daß die Leitung des Betriebes diese Berichtigung bereits in der Fabrik ausgehängt hat, möge ihr wesentlicher Inhalt wiedergegeben werden. Die Betriebsleitung schreibt also in bezug auf die Zugaben der Männer zum die es sich, wie gelangt, in unserm Ausschluß gar nicht handelt: „Die Gewerkschaften männliche Arbeitnehmer M. 80, ledige M. 40.“ Und über die Zugaben für Arbeitnehmerinnen wird berichtet: „Verheiratete männliche Arbeitnehmer mit Kind M. 40, ledige weibliche Arbeitnehmer mit Kind M. 40, ledige weibliche Arbeitnehmer M. 25, verheiratete weibliche Arbeitnehmer, deren Männer verhindert, M. 25.“ Wer unsern Ausschluß in Nr. 40 nochmals vornimmt, wird sich erstaunt fragen, was hier bestmöglich worden ist. Auch wir hatten gemeldet: „Für Ledige M. 25 und für Verheiratete M. 40“.

Die Firma hätte also Papier und Zeit sparen können. Aber sie wollte jedenfalls nur die Gelegenheit benutzen, wieder einmal vor aller Welt zu erklären, daß sie sich „von dritter Seite“ — womit natürlich die Arbeiterschaft gemeint ist — bei ihren Bewilligungen nicht beeinflussen lasse; denn sie betont dies in einem Anhange zu ihrer Berichtigung nochmals ausdrücklich. Sie lasse sich nur von dem „Gedanken der Fürsorge für das Arbeitspersonal, eines gedeihlichen Zusammenhalts und von dem Grundsatz des Rechts und der Willigkeit leiten“. Nun, wir wollen auf den für die heutige Zeit etwas überhebenden Ton der Firma keinen großen Wert legen; aber ob dem Gedanken der Fürsorge für das Arbeitspersonal wirklich immer in der Art, wie es möglich gewesen wäre, Raum gegeben wurde, darüber haben die Arbeiter schließlich auch eine Meinung. Sie haben ja die greifbare Tatsache vor sich, daß in der Regel erst dann, wenn sie selber sich mit den Lohnverhältnissen beschäftigen und die Organisation sich anschickt, dieselbe an die Gesellschaft zu ziehen, etwas weiteres für sie herauskommt. So ist auch jetzt wieder am 3. Oktober — mehrfach erwähnt — ein neuer Tarifvertrag an uns verhandelt worden — den Verheirateten eine weitere Gewerkschaftszulage von M. 10 gezahlt worden.

Es scheint also doch wohl etwas Zweck zu haben, den lobenswerten Gedanken der Fürsorge bei der Firma Sprengel öfter einmal wachzuhalten, und die Arbeiter sollten immer noch mehr erkennen, daß hierzu ihre Organisation das beste Instrument ist.

### Eine parlamentarische Regierung in Deutschland und ein neues Friedensangebot.

Mit der Frage, ob Sozialdemokraten in die Regierung einzutreten können, beschäftigten sich am 23. September die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie in gemeinsamer Sitzung. In getrennter Abstimmung beider Körperschaften wurde von der Fraktion mit 55 gegen 10 und vom Ausschuß mit 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, den Eintritt von Sozialdemokraten in eine etwa neu zu bildende Regierung unter folgenden Bedingungen zu billigen:

1. Uneingeschränktes Beleidnis zu der Einschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 mit der Vereinigten Staaten, einem Völkerbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Behandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht;

2. vollkommen einwandfreie Erklärung über die belgische Frage, Wiederherstellung Belgien, Versöhnung über Entschädigung, ebenso Wiederherstellung Serbiens und Montenegrinos;

3. die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Riga; es darf kein Hindernis sein für den allgemeinen Friedensschluß; sofortige Einführung der Zivilverwaltung in allen besetzten Gebieten, bei Friedensschluß sind die besetzten Länder freizugeben, demokratische Volksvertretungen sind alsbald zu begründen;

4. Autonomie Elsaß-Lothringens, für alle deutschen Bundesstaaten allgemeines und niederes geheimer und unmittelbares Wahlrecht; der preußische Landtag ist aufzuwählen, wenn nicht das gleiche Wahlrecht unverzüglich aus den Beratungen des Herrenhauses ausgeschlossen wird;

5. Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung unverantwortlicher Regierungsmitglieder, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmeinhheit oder aus Personen, die der Politik der Parteiemeinhheit entsprechen; Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung; die politischen Veröffentlichungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen;

6. sofortige Aufhebung aller Bestimmungen, durch die die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden; die Benutzung darf nur auf rein militärische Fragen angewendet werden (Fragen der Kriegsstrategie und -taktik, Truppenbewegungen, Herstellung von Kriegsmaterial). Errichtung einer politischen Kontrollstelle für alle Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungsauslandes verhängt werden; Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen.

Die ganze Frage der Errichtung einer parlamentarischen Regierung hat dann durch die elementare Wahrheit der Er-

eignisse, die über Deutschland infolge des bulgarischen Anfalls von den Mittelmächten und infolge des Kriegsverlaufs an der Südostfront überhaupt in stürmischer Folge hereinbrachen, einen gewaltigen Stoß nach vorwärts erhalten und ist in wenigen Tagen zur Lösung gekommen. In stürmischer Folge brachen die Ereignisse natürlich über die große Masse des Volkes herein — man hatte sie wieder einmal über die Vorzeichen hinweggetäuscht. Erst als das Gebäude auf der einen Seite einstieg, zusammenzubrechen, stellte es sich für die breite Öffentlichkeit heraus, daß seine Stützen schon lange Zeit rot waren und man nur immer neue, glänzende Deckfarben aufgetragen hatte. Gestalte man es in den oberen Regionen Deutschlands doch nicht mehr, der Forderung des Volkes nach umfassender und verantwortlicher Teilnahme an der Regierung zu widerstehen, und am 5. Oktober konnte sich schon eine parlamentarische Regierung gebildet aus den Mehrheitsparteien unter Führung eines neuen Kanzlers dem schnell zusammenberufenen Reichstage vorstellen. Die Sozialdemokraten sind in ihr mehrfach und in ausschlaggebenden Stellungen vertreten. Der Kanzler Prinz Max von Baden hat erklärt, daß er streng nach parlamentarischen Grundsätzen, also nur im Einvernehmen mit den Mehrheitsparteien die Regierung führen werde. Ihre erste Tat war ein neues Friedensangebot, gerichtet an den Präsidenten Wilson, in welchem dessen Programm für einen allgemeinen Frieden rücksichtslos anerkannt und zugleich ein Waffenstillstand angeboten wurde, um in Verhandlungen über den Frieden eintreten zu können. In den Einzelheiten zeigten die Ausführungen des neuen Kanzlers weitgehende Übereinstimmung mit den eingangs wiedergegebenen Bedingungen der Sozialdemokraten; die inneren Widerstände gegen die Demokratierung Preußens Deutschlands sind also zunächst einmal gebrochen oder werden doch wenigstens gegenwärtig kraftvoll niedergehalten. Auch hinsichtlich der Kriegs- und Außenpolitik hat Prinz Max Wege gezeichnet, die leichter als die bisherigen zu einer Verständigung über die so heikl und blutig umstrittenen großen Weltprobleme führen können.

Mit fieberhafter Spannung und heißen Wünschen wird jetzt jedermann im Felde und in der Heimat den Erfolgen der feindlichen Mächte entgegenjagen und wird hoffen, daß zum Heile der Menschheit auch bei ihnen endlich der feste Willen zu einer Verständigung zum Durchbruch kommt.

### Die Agitation im gelben Bündebund.

Die langen Kriegsjahre müssen im gelben Bunde besonders verheerend gewirkt haben. Die wenigen Mitglieder sind „fast restlos zum Heeresdienst berufen“ und in der Kasse herrscht chronische Ebbe. Was Wunder, wenn sich die Offiziere ohne Soldaten nicht nur um die Steigerung der Einnahmen bemühen, sondern auch versuchen, Mitglieder zu gewinnen. Die Lösung der finanziellen Frage stößt nach der gelben Zeitung dadurch weniger auf Schwierigkeiten, daß bei Hinz und Kunz der Betrieb leicht geschwungen wird. Die veröffentlichten Quittungen für den U. f. S. gewähren darüber einen Einblick. Danach werden alle möglichen Beweise angebietet, die irgendwie mit dem Bädergewerbe in Verbindung stehen, und außerdem an die Innungen Sammelzettel verbandt.

Das Geld allein kann aber die gelbe Sache nicht vorwärts bringen, wenn keine Soldaten vorhanden sind. Auch in dieser Frage hat der gelbe Kopf einen Ausweg gefunden. Weil die in der Heimat verbliebenen Kollegen von der eigentlichen Interessenvertretung des Bundes für die Geiseln nichts wissen wollen, so wenden sich die Geiseln an die Obermeister der Innungen und animieren diese für den Beitritt zum Bunde. Hier ein Beweis, den uns der Herbststurm zuteilt:

Sehr geehrter Herr Obermeister!

Durch einen Förderer unserer Bewegung erhalten wir Ihre werte Adresse und gestatten uns, Sie für unsere Bewegung zu interessieren und zugleich die höfliche Bitte an Sie zu richten, ob Sie unserm Bunde nicht als Mitglied beitreten wollen. Da unsere dem Bunde angehörenden Kollegen zum größten Teil zur Fahne eifaufen sind, haben wir das größte Bestreben, alle noch hier weilenden Kollegen unserm Bunde anzugliedern. Wir beschäftigen vor allen Dingen, Ihnen als Bundesmitglied die Vertretung der Kriegsbeschädigtenfürsorge für den Bezirk ... zu übergeben, da dieselbe, da unsere Kollegen fast restlos zur Fahne eifaufen sind, augenblicklich frei ist. Wir wissen nicht, ob Sie unsere Standesinteressen kennen, halten es jedoch für möglich. Sollte es aber nicht der Fall sein, so werden Sie durch unsere Zeitung „Deutscher Bäder- und Konditorgehilfe“ sowie durch unsere Bundesberichte des näheren unterrichtet.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist augenblicklich eine Frage, die wohl jedem deutschen Kollegen am Herzen liegen muß, damit sie im Interesse der aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen gelöst wird. Wir hoffen, daß Sie sich schon aus diesem Grunde unserer Bewegung anschließen.

Wir zustimmenden Mitteilung seien wir entgegen und bitten Sie, uns angelegte Karte baldmöglichst zurückzusenden.

Höher kann es doch nicht mehr gehen. Weil bei den Weißen keine Mitglieder vorhanden sind, ja etzten sie die Obermeister in den Innungen, als Mitglied beizutreten, und bieten ihnen an, daß sie die Vertretung für die meistertreuen Gehilfen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge übernehmen sollen. Die Kollegen werden sich aber für diese väterliche Obhut der Innungsmeister schönstens bedanken. Sie werden Männer genug sein, selbst die Wahrung ihrer Interessen in die Hand zu nehmen. Wenn die gelbe Kurdesleitung über keine Mitglieder verfügt und in der Kasse der Weißen aus allem Eden grünzt, dann würde es besser tun, die Bude zu schließen, als sich fortwährend hinzuzuhören und sich um den letzten Rest des Ansehens selbst im gelben Lager zu bringen. Denlenden Kollegen ist schon längst die Einsicht gekommen, daß der gelbe Bund alles andere, aber niemals ein Werkzeug zur Vertretung der Gehilfeninteressen ist. Das Gewissel an die Innungsmeister bestätigt es uns erneut.

### Die Entwicklung unseres Verbandes im ersten Halbjahr 1918.

Der Verbandsvorstand hielt es für zweckmäßig, eine Übersicht über den Stand unserer Organisation, den Aufnahmen und Beiträgen nach, auf Grund unserer Bezirks-einteilung zu bringen. Obwohl einzelne Bezirke ohne Bezirksleiter ihre Tätigkeit enthalten, die Arbeiten von deren Stellvertretern mit gemacht werden, so wird es aber doch für alle tätigen Kollegen ein Ansporn sein, an der Hand der Statistik einen Überblick zu erhalten, wie die Entwicklung in den letzten Jahren sich im Bezirk unter den Kriegsverhältnissen gezeigt hat. Diese Statistik soll nunmehr wieder alle Halbjahre veröffentlicht werden. Wir müssten bei Ausbruch des Krieges, nach Veröffentlichung der Quartsstatistik vom zweiten Quartal 1914, diese Arbeit einstellen, weil ja durch die Umwandlung in der Organisation durch die vielen Einberufungen wir kein klares Bild mehr bringen könnten. Nachdem die Mitgliederzahl in den letzten Jahren ziemlich stabil geblieben ist, wird auch diese Arbeit zum Vergleich für unsere tätigen Mitarbeiter zum Nutzen sein und belebend auf das Organisationsleben einwirken.

Zum Vergleich mit dem ersten Halbjahr dieses Jahres haben wir den Halbjahrsdurchschnitt der beiden letzten Kriegsjahre herangezogen und ergibt dieser Hinweis, daß wir gegen den Halbjahrsdurchschnitt vom Vorjahr 1917 Aufnahmen weniger, erfreulicherweise aber 18 853 Beiträge eingänge mehr zu verzeichnen hatten; darunter befinden sich allerdings 6408 Kriegsheimstätten; aber immerhin ergibt sich gegen das Vorjahr ein ganz erheblicher Fortschritt. Nach Bezirken geordnet, wie es auf der kleinen Tabelle, die wir der großen zum Schluß angefügt haben, geschehen ist, sind es 17 Bezirke, die weniger, und 8 Bezirke sowie die Einzelzahlen, die mehr Aufnahmen zu verzeichnen hatten. An Beiträgen sind es nur 7 Bezirke, die weniger umsetzen, dagegen 19 Bezirke sowie die Einzelzahlen, die höhere Beitragsziffern aufweisen.

Hoffentlich findet die Halbjahrsstatistik bei allen Mitgliedern gute Aufnahme und spricht alle Kräfte an, unter dem Beispiel des Nachbarverbands die Organisation weiter gut vorwärts zu bringen; die nächste Zusammenstellung möge es ausweisen.

Bezirke	1916		1917		1918		Bezirke	1916		1917		1918	
	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.		Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.	Aufn.	Beitr.
Bezirk Danzig.							Bezirk Essen.						
Danzig	12	719	8	604	1	732	Dortmund	19	1079	6	978	12	1135
Königsberg i. Pr.	11	625	11	472	3	493	Deutschburg	5	618	3	540	7	554
Summa	23	1344	19	1076	4	1225	Überfeld	18	1856	14	1568	10	1782
Bezirk Breslau.	*						Essen a. d. Ruhr	16	2138	22	2100	25	2525
Breslau	51	3210	56	3612	74	3878	Wiedenbrück	1	159	1	200	—	236
Striegau	—	110	1	98	1	123	Summa	58	6850	46	6886	54	6232
Waldeburg	9	258	7	220	6	355	Bezirk Köln.						
Summa	60	3587	64	3030	81	4351	Cöln a. Rh.	14	1262	37	1243	26	1402
Bezirk Görlitz.							Grefeld	3	252	2	248	4	301
Görlitz	—	77	—	17	—	—	Gütersloh	20	1012	4	621	3	692
Kotbus	2	134	2	122	—	141	Hennigsdorf	—	250	1	194	1	200
Görlitz	5	634	12	701	5	933	Solingen	4	485	4	356	3	443
Hirschberg	5	222	10	347	19	408	Bielefeld	—	384	2	260	10	474
Sagan-Sorau	3	258	4	251	3	322	Summa	41	3426	50	2970	47	3512
Spremberg i. d. L.	1	98	2	108	3	136	Bezirk Frankfurt a. M.						
Weismässer	2	123	4	123	—	100	Frankfurt a. M.	15	2215	11	1820	21	1622
Bittau	4	200	1	138	2	152	Gießen	68	4838	46	3943	49	3926
Summa	25	1752	42	1807	32	2192	Hanau	5	156	2	166	1	232
Bezirk Berlin.							Homburg v. d. S.	—	63	—	58	—	—
Berlin	230	26217	181	10893	163	19234	Summa	78	7326	59	5703	71	5682
Brandenburg	2	634	1	596	1	585	Bezirk Wiesbaden.						
Landsberg a. d. R.	—	112	—	102	—	42	Darmstadt	14	495	9	428	6	398
Stettin	12	1403	18	1318	26	1623	Mainz	10	733	2	625	4	668
Summa	214	28366	200	21910	190	21494	Wiesbaden	26	1968	6	1878	4	1471
Bezirk Magdeburg.							Summa	50	3136	17	2431	16	2537
Bernburg	5	732	5	565	7	611	Bezirk Mainzheim.						
Dessau	2	135	2	178	2	214	Kaiserslautern	1	97	1	22	—	52
Halberstadt	3	366	1	240	1	176	Barisbach	18	196	—	83	—	115
Magdeburg	47	10368	45	9760	64	9345	Mannheim	62	2136	47	1567	20	1586
Stendal	1	125	2	95	1	116	Saarbrücken	10	507	9	663	5	790
Tangermünde	—	196	—	170	—	196	Summa	111	2086	57	2035	25	2495
Summa	58	11927	55	11017	75	10590	Bezirk Straßburg.						
Bezirk Hannover.							Cöln	1	100	—	125	—	102
Braunschweig	10	1375	4	1094	7	970	Freiburg i. Br.	33	936	33	1790	14	1794
Hannover	58	6176	65	4657	144	6813	Görlitz	3	387	4	383	—	342
Hildesheim	—	184	1	94	—	115	Mülhausen i. G.	2	326	4	327	5	330
Summa	68	7655	73	5855	151	7898	Strasburg i. G.	2	946	4	624	25	1002
Bezirk Hamburg.							Summa	41	2697	65	3198	42	3470
Hamburg	150	21708	305	20072	217	28710	Bezirk Stuttgart.						
Harburg	3	743	1	630	4	581	Görlitz	—	185	3	238	2	220
Heide	2	259	1	176	1	207	Stuttgart	63	3559	63	2505	51	2773

## Auch in Plauen blüht die Lehrlingsausbildung im Bäckerberuf.

Alle Gewerbe klagen über zu wenig Zugang von Lehrlingen, und in einzelnen Städten beschäftigen sich die Innungsausschüsse mit der Lehrlingsfrage; Schuldirektoren und Herren mit großklingenden Namen halten vor den Innungsausschüssen Vorträge über: „Mittel zur Lehrlingswerbung“. Werbeträger sollen abgehalten werden. An solchen Werbeträgern soll Eltern, Wörnern und jungen Buben, die einen Beruf erlernen wollen, die praktische Arbeit des Berufes vorgeführt, an zweiten Werbeträgern durch Vortrag Weisen und Ausichten der einzelnen Berufe dargelegt werden. Zweck dieser Vorträge: Heranziehung von jungen Leuten zur Erlernung eines Handwerks! Nach Ausführungen der Referenten in den Versammlungen ist das Streben nach Geldverdienen die Ursache der Lehrlingsflucht in den Handwerken. Die Lehrlingsflucht ist aber nicht allein auf das Streben nach Geldverdienen zurückzuführen; die Ursache näher zu ergründen, ist jedoch nicht Aufgabe dieser Beilen.

Im Bäckerberuf ist durch während der Kriegszeit über Lehrlingsmangel nicht zu klagen gewesen. Im Gegenteil! Es sind Städte, vor allem im gelösten Sachsen, zu finden, in denen im Bäckerberuf die Zahl der Lehrlinge ganz gewaltig in die Höhe geschossen ist und in denen fast die doppelte Zahl an Lehrlingen beschäftigt wird als in Friedenszeiten, trotzdem die Bäckermeister dafür bekannt sind: Zahl von Bönen ist ihre schwache Seite. In der Ausnutzung der Bäckerlehrlinge hat sich auch nichts geändert! Und so dringt von Zeit zu Zeit ein Notruf der geplagten Bäckerlehrlinge in die Lädenlichkeit, in dem sie sich mit ihren Klagen an den Verband wenden. So jetzt in Plauen im Vogtlande.

Jeder Bäckermeister hält sich hier Lehrlinge! Arbeit für solche ist ja immer vorhanden. Die Dienstmädchen wollen jetzt in der Friedenszeit auch etwas mehr verdienen als früher, und da kommt es ja eben bei den Bäckermeistern in Sachsen. Sächsischer Bäckermeister und außändiger Lohn — lächerlich! Das sind zwei schwer miteinander zu vereinbarende Begriffe. Da werden einfach Lehrlinge gehalten! Sie sind zu allen Arbeiten gut, auch zu Haushaltserbeiten. Außerorden, zum Helfen in der Landwirtschaft usw. Das sind ja die Arbeiten, die ein Bäckerlehring mit erledigen muss. In der Friedenszeit haben sich ja auch die Meister in der Stadt leider gebachtet und damit ein Bevorzugungsschutz für Lehrlinge geschaffen. Und so sind in den hiesigen Bäckereien drei, auch vier und fünf Lehrlinge anzutreffen. Nur ganz wenige Beispiele. Meister Straube, Käfernstraße, beschäftigt fünf Lehrlinge; ja klagen über zu lange Arbeitszeit. Meister Koch, Hofer Straße, hat „nur“ vier Lehrlinge — ja klagen ebenfalls über unmöglich lange Arbeitszeit. Wenn 4 Uhr müssen die jungen Leute heraus und dann wieder bis abends 8 und 9 Uhr! Solche Herren müssen also die jungen Menschen daran erinnern, dass sogar deren militärische Freiheit verloren geht. Mit vielen Meistern kommt ebenfalls das Nachtbackverbot nicht zu befreien.

Dann andere Zeiten kommen und die Lehrlingszahl fällt auch im Bäckerberuf beträchtlich, weil die jungen Leute nicht bis in die Bäckereien arbeiten und ihre Gesundheit nicht mindern lassen wollen, dann werden jedenfalls auch für den Bäckerberuf Schulbüroforsen mobil gemacht, um dem Berufe Lehrlinge zuzuführen. Spätaufg ist aber noch kein Riegel daran!

## Verbandsnachrichten.

### Quittung.

Vom 30. September bis 5. Oktober gingen bei der Hauptversammlung des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für Juli bis September: Halberstadt M. 56.  
Für September: Hamburg M. 2690,05, Bielefeld  
27,05, Coburg 13,20, Landshut a. d. R. 2, Bremen 429,15,  
Gütersloh 189,40, Jülich 36,50, Niederschlesien 28,75, Magdeburg  
667,35, Dissen 24,20, Gütersloh a. d. R. 291,75, Standorf 13,30,  
Marienthal 12,90, Bremberg 25,50.

Für Abonnements und Annoncen: Halberstadt M. 4,50, S. C.-Berlin 17,10, Magdeburg 3,90.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Magdeburg M. 3, Dissen 3.

Der Hauptausschuss. O. Freytag.

### Kriegsverluste des Verbandes.

**Bezirk Berlin.** Paul Bräde (Fürstenwalde), Bäcker, 34 Jahre alt, gefallen.

**Bezirk Erfurt.** Hugo Schönemann (Suhl), am 10. September gefallen.

**Bezirk Hamburg-Altona** meldet als gefallen:

Otto Maas, Bäcker, und John Langmack.

Ehre ihrem Andenken!

### Lehrlingsbewegungen und Streiks.

**Lehrlingsbewegung der Stettiner Bäcker.** Am 28. September fand an Seite des Berliner Platzes eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Über die Zähne der Bäcker bei der heutigen Zeiterung sprach Herr Koch. Er forderte die Verhandlungen in den Betrieben und bei den Gewerbeausschüssen, bei den letzteren in der Form im Durchschnitt M. 15 bis 16 statt 14 und 15. Er zog es nicht darauf zurück, dass er keine Gewerbeausschüsse; denn er war sicher, dass die Meister jetzt geben können, bleibt zwar unbestimmt und ist erstaunlich, doch für teures Geld zu zögern. Deshalb waren auch die Stettiner Bäcker

gesteuert, die Löhne höherzusetzen. Es sollte ein Lohntarif eingefestzt werden, damit die Gesellen zu einheitlichen Löhnen kämen. Der Tarif müsse der Innung und auch den Brotbäckern eingereicht werden. Sollte man ihn ablehnen, so gäbe es noch weitere Schritte. Wir dürften aber nicht nur eine Regelung des Lohnes anstreben, sondern müssten auch dafür sorgen, dass die Nacharbeit nicht wiederkehrt, dass die Sonntagsarbeit abgeschafft würde und dass eine regelmäßige Arbeitzeit eingeführt werde. Die unorganisierten Kollegen müssten sich noch heute dem Verbände anschließen; denn mit durch Einigkeit könnte etwas erreicht werden.

Der Vorsitzende Vereins stellte darauf den Antrag, einen Lehrlintarif zu beschließen, was einstimmig angenommen wurde. Als Vereins das Referat zur Debatte stellte, bemerkte der Kollege Niedel, Vorsitzender der „Freien Vereinigung der Bädergesellen“, wir wollten Löhne festlegen, die je länger längere belügen. Er stellte seinem Arbeitgeber, den Goldbäckermeister Carl Collas, so hin, ob wenn dieser den besten Lohn in Stettin zahlte, und er bezeichnete die Stettiner Konsumbäckerei als die grösste Schweinehude. Hierfür wurde er von der Leitung des Verbaudes zur Strafe genutzt. Der Lohn für einen dritten Gesellen wurde dann auf M. 45, für einen zweiten auf M. 50 und für einen ersten auf M. 55 festgesetzt. Kollege Gottlieb stellte noch aus, dass die Stettiner Bäcker noch sehr weit mit den Lohnberuhigungen zurück sind, es sei aber nur auf die Uneinigkeit beriefen zurückzuführen. Er forderte die Kollegen, die noch nicht Mitglieder des Verbandes sind, auf, sich uns anzuschließen und immer vollzählig in den Versammlungen zu erscheinen, nur dann würden wir unser Ziel erreichen.

### Korrespondenzen.

#### Bäder.

**Magdeburg.** In einer am 2. Oktober im „Diamant-Bräu“ abgehaltenen Versammlung der Bäder wurde Stellung zu dem Gelehrtenverbot über das Nachtbackverbot und zur Regelung der Lohnfrage genommen. Nach einem einstimmigen Referat des Kollegen Wille stimmten die Teilnehmenden dem zu, dass an der Vorlage der Regierung durch den Reichstag noch Änderungen zu treffen sind, die weniger auch ein Verbot der Sonntagsarbeit herbeiführen. Die Verjommung müsste, doch auch die Einführung der Arbeitzeit mit in das Gesetz hineinkommt, wie jenseits durch die Petition seitens der beruflichen Organisationen an den Reichstag und Bundesrat verlangt worden ist. Gegen eine Verlängerung der Arbeitzeit in den bisher mit achtundvierzig Arbeitstagen einschließlich der Pausen bestehenden Bäckereibetrieben müsste einmütig Front gemacht werden. Die Versammlung beantragte dann die Organisationsleitung, mit der Innung in Verhandlungen einzutreten, um die Lohnberuhigungen durch Höchstpreis eines Tarifvertrages zu regeln. Es sollen alle Mittel in Anwendung gebracht werden, um dieses Ziel zu erreichen. Die Regelung macht sich dringend notwendig; der Durchschnittslohn der hier beschäftigten Gesellen betrug nach unseren Feststellungen bei Berechnung für Frost und Regen mit M. 18 pro Woche M. 35. Dringend notwendig macht sich auch die Regelung des Lehrlingsweises. Hier sind Bäckereien, die keinen Gesellen, aber bis zu fünf Lehrlinge beschäftigen! Trotz der Eingaben an die Innung und seitens unseres Hauptvorstandes an den Germaniaverbund deutscher Bäckerinnungen, eine Rechtfertigung der Zahl der Lehrlinge herbeizuführen, ist hier das Gegenteil eingetreten. Die jungen ausgelernten Kollegen verlassen halb immer wieder die Bäckerei, um in der Küstengewerbe Ichnendreher Arbeit zu finden. Das Übel der großen Zahl der Lehrlinge wird wohl hauptsächlich mit an der geringen Bezahlung der Gesellen liegen. Somit würden auch immer noch reichlich Arbeitskräfte für die Bäckereien zur Verfügung stehen.

Die Wünsche und Forderungen der Gesellen werden von der Organisationsleitung bei der Innung eingereicht werden. Zu verlangen ist aber, dass auch die Magdeburger Kollegen, auch wenn diese augenscheinlich nicht alle im Berufe tätig sind, den sehr wichtigen Fragen mehr Interesse entgegenbringen und die Versammlungen, die derart wichtige Beschlüsse fassen, besser besuchen.

#### Fabrikbranche.

**Bielefeld.** Eine Versammlung für den Betrieb Lettier war von 200 bis 250 Personen besucht. Über die Frage: „Was haben die Gewerkschaften bisher getan, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu verbessern?“ sprach Kollege Specht. Nach Hinweisen auf die Gestaltung der Zentrierung und der Nationierung und eine Verbesserung der Fabrikantengewinne wurde eingehend die Lage der Arbeiterschaft geschildert und dargelegt, was die Gewerkschaften alles getan haben, um eine Besserung der Lage herbeizuführen. So auf dem Gebiete der Frauenarbeit, des Lohnes und der Arbeiterschaftsgewinnung. Vor allem sei darauf hinzuzweisen, dass auch bei Lettier derartiges erreicht werden kann, wenn nur die Arbeiterschaft geschlossen zusammenhält. Letzteres muss vor allen Dingen erreicht werden; denn auch bei Lettier hat die Arbeiterschaft alle Ursache, recht bald eine Besserung der Arbeiterschaftslage durchzuführen. In der Aussprache wurde auf die Frauenarbeit und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses besonders hingewiesen. Mehrere Aufnahmen wurden gemacht, und die Bewegung berührte hochjedr.

**Spätestens am 12. Oktober**  
**ist der 42. Wochenbeitrag für 1918**  
**(13. bis 19. Oktober) fällig.**

### Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 20. Oktober:

Halle a. d. S.: 3 Uhr im Gewerbeschauhaus, Harz 42/44.

## Emeigen.

Beim Fortgang unseres Bezirksleiters

### Hans Gumpendorfer

von Regensburg nach Nürnberg

entbietet ihm die Zahlstelle Regensburg, in der er 8 Jahre als Angestellter der Organisation gewirkt und schöne Erfolge erzielt,

### den herzlichsten Abschiedsgruß.

Mögen ihm in seinem neuen Wirkungskreise ebenso viele Erfolge beschieden sein.

[M. 4,50]

### Die Zahlstelle Regensburg

Unserm werten Kollegen und Schriftführer

### Julius Brak

nebst seiner lieben Frau

### die herzlichsten Glückwünsche

zur silbernen Hochzeit.

Wir wünschen ihm noch lange Gesundheit, damit er seinen Wirkungskreis noch recht lange ausfüllen kann.

Zahlstelle Suhl.

[M. 3,90]

### Nachruf.

Wir erhielten die traurige Nachricht, dass unser Kollege

### Hugo Schönemann

am 10. September durch Fliegerangriff auf ein Feldlazarett gefallen ist.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Zahlstelle Suhl.

### Ia. Holz-Streumehl

a. Bentner M. 17 mit Unterschr. bei 10 Bentnern a

b. Bentner M. 16 inklusive Saat, bei 100 Bentnern a

c. Bentner M. 14 inklusive Saat, ab Station Leipzig empfohlen

### Liebing & Co., m. b. H.

[M. 8] Leipzig-N. 5, Kohlgartenstr. 8. Tel. 2290.

Frankenkasse der Bäcker-(Zwang-)Innung Altona.

### Auschubfützung

am Mittwoch, 16. Oktober 1918, nachmittags 6 Uhr

im Innungshaus, Hohestraße 14.

Tagessordnung: 1. Verlesen der Niederschrift. 2. Beschlussfassung über Erhöhung des Grundlohnes und Sättigungsänderungen. 3. Verschiedenes.

[M. 11] Der Vorstand. Albert Saß, Vorsitzender.

### Extrafte, Essenzen, Farben.

Mandelextrakt ..... à Kilo M. 65

Apfelsinenhalenextrakt ..... à 30

himbeerextrakt ..... à 25

Juniperextrakt ..... à 40

Vanilleextrakt ..... à 45

Butteraroma ..... à 40

Probesendung von obigen sechs Sorten  
je ein Viertel Kilo M. 65, je ein Achtel Kilo M. 34

exklusive Kosten ab Leipzig.

[M. 8] Eigelb pulver, Eigelb (flüssig),  
alle andern Extrafte laut Spezialpreisliste empfohlen

Liebing & Co., G. m. b. H.,

Leipzig-N. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

### Fachlehrbücher 1. Ranges

[M. 19] mit vielen Abbildungen.

Der praktische Konditor M. 26,65. Der illustrierte Kon-

ditor M. 9,25. Großes Back- und Süßspeisenbuch M. 15. Bäckereiwaren, Schokoladen u. Lebkuchen M. 4. Bonbonfabrik M. 2,65.

Die Bäckerei M. 11,35. Eis- und kalte Süßspeisen M. 4,40.

Mehlpeisen M. 3,35. 610 Konditoreirezepte M. 3,35. Großes Kochbuch M. 10,65. Preiseminnachebuch M. 4. Die Konfituren M. 3,35. Konervierung der Nahrungsmittel M. 3,35. Die Puddingküche M. 4. Schriftenalbum M. 4. Taselausfälle M. 18,65.

Tortenverzierungen M. 15. Die modernen Getränke M. 6,35.

Alkoholfreie Getränke M. 2. Obst- und Beerenweinbereitung M. 6. Bereitung kalter und warmer Bowlen M. 2. Bunschbuch M. 1,40. Eisgetränke M. 2. Destillierkunst M. 4. Der Handwerker als Kaufmann M. 7,25. Lohnberechnung M. 2.

Rechenhilfen M. 3,35. Gegen Nachn. L. Schwarz & Co.,

Verlagsbuchhandlung, Berlin 340, Dresdner Straße 80.

### „Auchenritsch“

bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probeflasche M. 7,50, von 5 kg an à M. 7. Sehr zu empfehlen!

Liebing & Co., G. m. b. H.,

Leipzig-N. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.